

Gast-Editorial der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prien

Extremistische Inhalte im digitalen Raum verändern sich ständig, das gilt auch für islamistische Propaganda. Hatten wir es vor zehn Jahren noch mit Terrorpropaganda des Islamischen Staates (IS) zu tun, sind Online-Ansprachen heute deutlich subtiler und lebensnäher geworden. Islamistische Gruppen verpacken ihre Inhalte in vermeintlich harmlosen Botschaften, nutzen gesellschaftliche Themen und Konflikte als Aufhänger und inszenieren sich auf beliebten Plattformen wie TikTok oder Instagram als Influencerinnen und Influencer.

Der menschenverachtende oder demokratiefeindliche Hintergrund ist dann, gerade für Kinder und Jugendliche, nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Einmal unwissentlich geliked oder geteilt, gewinnen Beiträge noch mehr Reichweite und durchdringen nach und nach die Online-Umgebung vieler Jugendlicher.

Auch wenn auf den ersten Blick nicht gewalttätiger Natur können sie junge Menschen politisch und ideologisch beeinflussen, indem sie ein verzerrtes Weltbild vermitteln, starre Geschlechterrollen propagieren oder sexuelle Vielfalt diffamieren. Insbesondere antisemitische Narrative und die einseitige Darstellung des Nahostkonflikts werden im Netz aktuell stark verbreitet. Sie führen nicht selten zu einer Verfestigung von Feindbildern, verschärfen Konflikte und belasten das soziale Miteinander.

Nicht zuletzt nutzen islamistische Akteurinnen und Akteure den digitalen Raum auch als Anwerbungs- und Rekrutierungsinstrumente für extremistische Organisationen. Sie greifen oft reale Erfahrungen wie Ausgrenzung oder Diskriminierung auf und bieten scheinbar einfache Antworten sowie ein starkes Gefühl von Zugehörigkeit.

Es ist wichtig, dass wir diese Herausforderungen ernst nehmen und gezielt gegensteuern. Als Bundesfamilienministerium fördern wir seit zehn Jahren über das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ Demokratie- und Präventionsarbeit auf allen Ebenen des Staates. Wir unterstützen damit zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Menschen. Das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet „jugendschutz.net“ ist besonders aktiv in der Identifikation, Bekämpfung und Analyse von islamistischer Online-Propaganda.

Auch die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz, die Herausgeberin dieser Fachzeitschrift, ist eine bewährte Institution. Seit über 70 Jahren arbeitet sie, vormalig als Bundesprüfstelle für jugendgefährden-

de Medien, für ein sicheres Online- und Medienumfeld für Kinder und Jugendliche. Die konstante Auseinandersetzung mit dem Phänomen hat dazu geführt, dass wir heute in Deutschland über eine ausdifferenzierte und kompetente Präventionslandschaft verfügen.

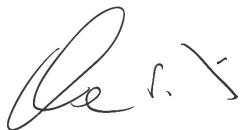
Es ist wichtig, attraktive Medienangebote zu schaffen. Junge Menschen brauchen Angebote, die sie stärken, ihnen Zugehörigkeit ermöglichen und sie zur Teilhabe an der Gesellschaft motivieren. Ebenso wichtig ist es, jungen Menschen Medienkompetenz zu vermitteln. Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Eltern sind weiterhin gefordert, die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu begleiten. Mit der Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ stärkt das Bundesfamilienministerium die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften und fördert bundesweit Projekte.

Weiterhin wird die Bundesregierung eine interdisziplinär besetzte Expertenkommission einsetzen, um eine gute Strategie zum Schutz und zur Befähigung von jungen Menschen, Eltern und Fachkräften zu entwickeln.

Gleichzeitig sind die Plattformbetreiber dafür verantwortlich, den Schutz von Kindern und Jugendlichen in ihren Angeboten konsequent sicherzustellen. Der europäische Digital Services Act setzt hier klare Maßstäbe. Diese müssen von den Anbietern umgesetzt werden.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf sichere Teilhabe im digitalen Raum. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der digitale Raum sicherer wird und junge Menschen ihn gefahrlos erkunden können – in Vielfalt und gegenseitigem Respekt.

Ihre Karin Prien



Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

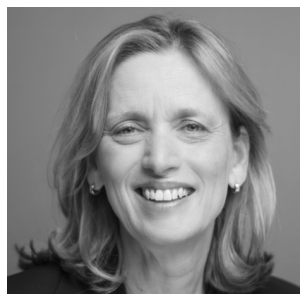


Foto: © Dominik Butzmann/photothek